zitate

Spandauer Volksblatt 23. Juni 1965

Zum 17. Juni fand – wie das in Bonner und Westberliner Revanchistenkreisen gern gesehen wird – an der Dahlemer Universität eine Gedenk-Veranstaltung statt. Zunächst wurde die bekannte Platte abgespielt. Unter dem Thema „17. Juni und die Frage des gesamtdeutschen Tabus" ließ sich ein Redner über „Sinn und Bedeutung von Nationalstaatlichkeit", „Entspannung und kommunistischer Führungsanspruch", „Freiheit oder Einheit" und „die Situation der beiden deutschen Provisorien" aus.

◀ Handlangerdienste

Doch wie sich zeigte, hatten sich nicht nur die Schlafchen eingefunden, für die dieses süß-saure Mahl bereitet war. Ein paar schmissige Studenten standen auf und ließen Reden vom Stapel (siehe Spandauer Volksblatt), ob deren zynischer Brutalität und offensichtlicher Kenntnis der wahren Ziele der Bonner Politik gegenüber der DDR kein Zweifel bestand, daß ihnen diese Gedanken von den Alten Herren des aggressiven deutschen Imperialismus höchstpersönlich eingeblasen wurden.

Nach der geistigen Heimat dieser Elite-Kommilitonen braucht man nicht lange zu suchen. Sie sind im RCDS (Ring Christlicher Deutscher Studenten), dessen geistiger „Bildung" Franz-Josef Strauß manche Mußestunde widmet, und den Korporationen (siehe Spiegel-Zitat) organisiert.

Die Veranstalter von der Dahlemer Universität aber sind – man darf ihnen das nach der Behandlung dieses Vorfalles durch die Westberliner Presse unterstellen –, ein Beispiel dafür, wie leicht jemand, der pflichtschuldigst seine „antikommunistische Treue" beweisen will, zum Handlanger des übelsten Revanchismus und offener Aggressionspolitik wird.

Mit dem Prüfungsalpdruck kommt die Zeit, wo so mancher Student mit schlechtem Gewissen daran denkt, daß er Mitglied der FDJ ist (Zeit ist knapp, und FDJ-Arbeit braucht auch Zeit.) Wir baten deshalb einen Studenten, der über seine Fachrichtung hinaus für gute fachliche und gesellschaftliche Arbeit (soweit man das überhaupt trennen kann) bekannt ist – Günter Deweß – uns seine Meinung dazu zu schreiben.

FDJler in der Prüfungszeit

„Wichtig ist genau das, was geprüft wird. Soll man doch alles prüfen, was wichtig ist." – In geistiger Nachbarschaft dazu: „Hauptsache, die Prüfung wird überhaupt bestanden. Soll man doch die Maßstäbe erhöhen, wenn dieses Wissen nicht genügt." – „Soll man uns doch zwingen, soviel zu tun, wie man für notwendig hält."

Ein neues Minimumprinzip? Schon innerhalb des Fachstudiums führt es zu einem recht engen Gesichtskreis. Erst recht aber, wenn man das gesamte Studium (im weitesten Sinne) so auffaßt. Hier soll nur auf einen Aspekt eingegangen werden, der – im Sinne der oben zitierten Theoretiker – nicht geprüft wird: die FDJ-Arbeit.

Erinnern wir uns wenige Tage zurück: Einige Freunde hatten „keine Zeit", sich über den Hintergrund der westdeutschen Notstandsgesetzgebung klarzuwerden. Aber wenn der westdeutsche Staat jetzt Notstandsgesetze „braucht", dann doch nur deshalb, weil er noch schlimmeres vorhat, weil die westdeutsche Regierung die unmittelbare Kriegsvorbereitung betreibt, bei der sie sich selbst von den bescheidenen Resten der Demokratie behindert fühlt. Und diese für uns im wörtlichen Sinne lebenswichtigen Probleme wollen manche Freunde zu den Hobbys einordnen, mit denen man sich während der Prüfungszeit nicht beschäftigen kann?

Der eigentliche Zusammenhang besteht darin, daß wir genau das für das wichtigste halten müssen, was für unsere Republik das wichtigste ist, daß wir dort arbeiten, wo die Gesellschaft uns hinstellt. Ist dieser Platz die Universität, so wird mit aller Konsequenz studiert. Im Lager für vormilitärische Ausbildung wird um höchste Ausbildungsergebnisse gerungen. Bei Aufbaueinsätzen wird bestens gearbeitet. Stets muß aber die Entwicklung der gesamten Gesellschaft verfolgt werden, um diesen Platz selbst zu erkennen, für die Gegenwart und für die Zukunft. Sonst würden doch „Rädchen" aus uns und nicht die Hausherren von morgen.

Bei manchen Studenten existieren noch immer sehr merkwürdige Freiheitsvorstellungen. Allgemein durchaus Einsicht in die Notwendigkeit, doch wehe, die FDJ kommt und bezeichnet etwas konkret als Notwendigkeit.

Steffen W., Student seit vier, FDJler seit noch mehr Jahren, auf die Frage, warum er an gesellschaftlichen Einsätzen nicht teilnehmen wolle: Was interessiert euch das. Ich denke, das ist freiwillig.

M. I. Kalinin über die Moral junger Sozialisten (eine Anregung zum Nachdenken über Freiwilligkeit und Pflicht in den Sommerlagern!): Unsere Moral besteht darin, daß alles, was der Festigung der Arbeiterklasse, der Stärkung ihrer Kampfkraft, der Entwicklung des sozialistischen Aufbaus dient, für den Komsomolzen obligatorisch ist, das alles muß er tun, das alles ist seine moralische Pflicht.

Ich möchte noch ergänzen: Dafür, daß einer ab und zu, wenn er es gerade für richtig hält, einem Auftrag der Gesellschaft nachkommt, braucht er nicht in der FDJ zu sein. Da gibt es keinen Unterschied zum Komsomol.

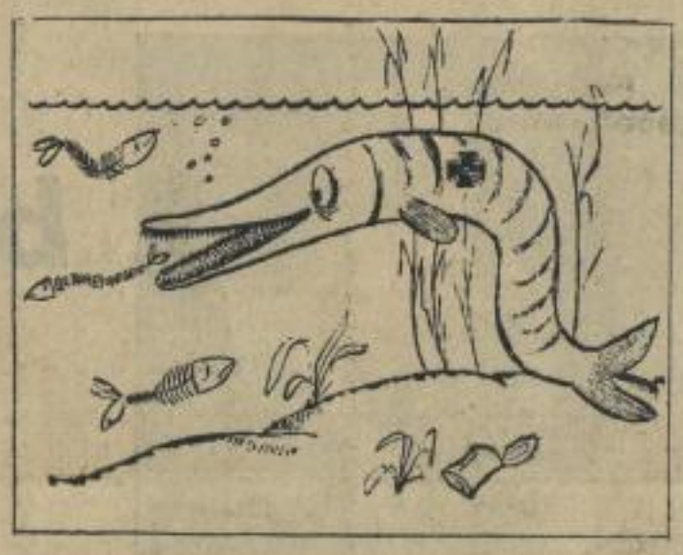
Noch eine letzte Bemerkung zum Verhältnis zwischen „fachlicher" und „gesellschaftlicher" Arbeit. Viele Freunde haben bei sich einen gemeinsamen Fonds für fachliche und gesellschaftliche Arbeit. Aber sie sehen nur die Möglichkeit, diesen Fonds so oder so aufzuteilen. Ich habe das auch so gemacht und es je nachdem „Konzentration auf die FDJ-Wahlen", „Konzentration auf die Prüfungen" oder anders genannt. Seit Mitte des dritten Studienjahres habe ich die Kampagnen abgeschafft, indem ich während des gesamten Studienjahres wirklich Mathematik gemacht habe. Auch in der Prüfungszeit konnte ich mich dann als FDJler fühlen. Das kam der FDJ-Arbeit und den Studienleistungen zugute.

meinungen

Der Spiegel 16. Juni 1965

„Heute singen sie alle drei Strophen des Deutschlandliedes, betrachten die Bundesrepublik Österreich als „Ostmark", streiten für „das Recht der Sudetendeutschen", unterstützen ein „Kulturwerk für Südtirol" und sind Mitglied des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland"

Sie schlagen Bestimmungsmensuren und wahren, laut Statut, die Mensurgepflogenheiten; reiben Salamander und diskutieren über „die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in der Praxis"; sind „großherzig im Denken", aber auch „fest im Glauben"; reden einer „objektiven Politik" das Wort und wollen nicht wahrhaben, daß jenseits der Oder Polen beginnt. Ein wundersames Kollektiv.



Hecht im Karpfenteich (JW)

glossen

Die Würde des Ortes

Freude herrschte unter den Studenten Westberlins. Zum ersten Male hatten sie Gelegenheit, mit einer kompetenten Persönlichkeit über „Ostkontakte" zu diskutieren – mit Mrs. Eleanor Dulles – Schwester des verstorbenen halten Kriegers John Foster Dulles und des gewesenen CIA-Chefs Allan W. Dulles.

Im Gespräch äußerten die Studenten ihr Befremden über das Redeverbot, das gegen acht DDR-Professoren, die zu wissenschaftlichen Themen an der Dahlemer und an der Technischen Universität sprechen sollten, verhängt worden war. Es sei dies wohl eine Beschränkung der Meinungs- und Redefreiheit, wenn man den Studenten von akademischer Seite Informationen aus erster Hand über die DDR verwehre.

Meinte Eleanor Dulles ganz trocken: „In einer Kirche könne man ja auch keine politischen Debatten abhalten, weil das der Würde des Ortes widerspreche."

Student zu vermieten

Klappern gehört zum Geschäft, sagten sich die Mitglieder der Westberliner TUSMA (Telefontere und Studenten machen alles) und bieten mit dem Werbeslogan „Kraftfahrer riskiert nicht euren Führerschein" 50 finanziell notleidende Studenten mit Führerschein als Ersatzkraftfahrer an. Nun kann Herr Schulze auch besoffen im eigenen Wagen von der Sektparty nach Hause fahren, und auch Herr Lehmann sich zu müde fühlt, um seinen Mercedes sicher durch den Verkehr zu steuern, mietet auch er sich einen Studenten.

Gerüchteweise verlautet, daß sich inzwischen 30 Rentner ohne Führerschein gemeldet haben, die Studenten in der Vorlesung zu vertreten.

glossen

fakten

Protest gegen Nazirektor

Aus Protest gegen den Gründungsrektor der geplanten Universität Regensburg, Prof. Dr. Götz Freiherr von Pölnitz, dem die Nazis verschiedentlich seine braune Gesinnung bescheinigten, hat der Münchner Universitätsrektor, Prof. Dr. Gerhard Weber, seinen Rücktritt aus dem Kuratorium der neuen Universität erklärt. Er könne nicht länger mit einem Manne zusammenarbeiten, der den Nationalsozialismus verherrlicht habe, meinte Weber zu seinem Entschluß.

Gegen Stipendien

In einer Erklärung wandte sich der Fraktionsvorstand der CDU/CSU mit der Begründung, daß „das die Freiheit des Studiums und der Hochschulen beschränke", gegen den Vorschlag, in Westdeutschland staatliche Stipendien für alle Studierenden einzuführen.

Pressefreiheit bedroht

Unter dem Vorwand, sie habe gegen das „Schund- und Schmutzgesetz" verstoßen, ließ der Bonner Innenminister Höcherl drei Nummern der unabhängigen Hamburger Studentenzeitschrift „konkret" beschlagnahmen. In einer „Panorama"-Sendung des westdeutschen Fernsehens wurde festgestellt, daß „konkret" aus Konkurrenzgründen nur das getan habe, was in Westdeutschland alle Zeitungen und Zeitschriften tun: „gut dosierten Sex" darbieten. Das Fernsehen kommentierte weiter, die Pressefreiheit sei offensichtlich nicht erst im Notstand bedroht, „sondern jetzt schon, wenn es dem Innenministerium gelingt, mißliebige politische Zeitschriften mit Hilfe des Schmutz- und Schundgesetzes zu ruinieren."

550 Millionen noch zuwenig

Eine Verdoppelung der Mittel für die Atom- und Weltraumforschung forderten der CDU/CSU-Fraktionsvorstand und der CDU-Bundesvorstand. Zur Zeit werden in Westdeutschland – nicht gerechnet die Forschung der Rüstungskonzerne sowie spezielle Aufträge der Bundeswehr und der NASA (amerikanische Luftfahrt- und Weltraumbehörde), z. B. für die Universität München – jährlich 550 Millionen Westmark für diese Zwecke ausgegeben.

fakten

Es ist rätselhaft ...

... wieso sich immer wieder Leute in der Ritterstraße verlaufen und umsonst in den 3. Stock laufen – es sind doch bloß fünf Aufgänge mit 15 Etagen und rund 200 Zimmern. Braucht man denn da wirklich eine Orientierungstafel? Oder genügen Hörner, die nicht richtig Bescheid wissen?

Warum vormilitärische Ausbildung?

Am 19. Juli beginnt für 700 Studenten des 1. und 2. Studienjahres in Schirgiswalde eine 12tägige vormilitärische Ausbildung. Damit wird ein wichtiger Bestandteil des allgemeinen Lehr- und Erziehungsprogramms unserer Studenten erfüllt, denn bekanntlich ist die vormilitärische Ausbildung ein Bestandteil des gesamten Studienganges, ebenso wie z. B. das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, der Sportunterricht oder das Studium der russischen Sprache, ohne deren erfolgreiche Absolvierung eine Zulassung zum Staatsexamen nicht erfolgen kann.

Es gibt manche Studenten, die von der Notwendigkeit und Richtigkeit der vormilitärischen Ausbildung im Rahmen des Studiums noch nicht überzeugt sind. Sie würden lieber die hierfür angesetzte Zeit zum Selbststudium, zur Vertiefung der im vergangenen Jahr erworbenen Kenntnisse und zur Vorbereitung auf irgendwelche Prüfungen verwenden, die sie im Ablauf dieses Studienjahres noch nicht abgelegt haben. Bei aller Anerkennung für den darin zum Ausdruck kommenden Lerneifer muß aber diesen Freunden gesagt werden, daß die Erzielung höchstmöglicher Studienleistungen nicht das einzige ist, was unserer Staat von unseren Studenten erwartet. „Der Schutz des sozialistischen deutschen Vaterlandes und der Dienst in der Nationalen Volksarmee sind ehrenvolle nationale Pflicht jedes Bürgers der Deutschen Demokratischen Republik", so heißt es im Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Unsere Studenten sind für die Dauer ihres Studiums von der Ableistung ihres aktiven Wehrdienstes freigestellt. Das ist ein großes Entgegenkommen unseres Staates, um ihnen den zusammenhängenden Ablauf ihres Studiums zu sichern. Um so mehr ist es aber ihre Pflicht, sich während des Studiums ein Minimum vormilitärischer Kenntnisse anzueignen, das ihnen ermöglicht, im Bedarfsfall sofort in die Nationale Volksarmee einzutreten und nach kurzer Grundausbildung entsprechend ihren Fähigkeiten gegebenenfalls in Spezialeinheiten eingesetzt zu werden. Die fieberhafte Politik der Aufrüstung und die Notstandsgesetzgebung in der Bundesrepublik, verbunden mit einer ins maßlose gesteigerten Hetze gegen die DDR und die Oder-Neiße-Grenze, fordern von uns äußerste Wachsamkeit und die Überprüfung unserer Verteidigungsbereitschaft.

Doch nicht nur unter diesem Gesichtspunkt soll man die vormilitärische Ausbildung sehen. Wenn unsere Studenten nach Beendigung des Studiums ihren Ehrendienst in den Reihen der Nationalen Volksarmee ableisten, sei es in Form eines einjährigen Grundwehrdienstes oder in Form mehrwöchiger Reserveübungen, ist es ebenfalls notwendig, daß sie einige Grundkenntnisse mitbringen, die es erlauben, die Grundausbildung abzukürzen, um mehr Zeit für eine Spezialausbildung und zur Qualifizierung zum Offizier zu gewinnen.

Die patriotische und militärische Erziehung soll sich durch das gesamte Studium unserer Studenten hindurchziehen. Es wäre wünschenswert, wenn sich mehr als bisher, alle Hochschullehrer dieser Aufgabe verpflichtet fühlen würden. Im Sommerlager Schirgiswalde wird sie einen wichtigen Bestandteil unseres Programms darstellen. Aussprachen mit namhaften Persönlichkeiten aus der Nationalen Volksarmee oder dem Staatsapparat, mit Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung und mit Wissenschaftlern, verbunden mit Filmveranstaltungen, werden diesen Teil der Ausbildung so interessant wie möglich werden lassen. Wenn unsere Studenten im Bewußtsein ihrer Verantwortung gegenüber unserem Staat und der Arbeiterklasse, die ihnen ihr Studium ermöglichen, in dieses Lager fahren und an ihre Ausbildung gehen werden, wird das Erlebnis echter Kameradschaft nicht nur eine schöne Erinnerung an diesen Sommer zurücklassen, sondern auch ihr gesamtes Studium befruchten und beflügeln.

Prof. Dr. F.-H. Gentsen

gedanken

UNIVERSITÄT LEIPZIG VOR ZWANZIG JAHREN

Am 30. Juni 1945 verlassen die amerikanischen Besatzungstruppen Leipzig, in das vereinbarungsgemäß am folgenden Tag – ebenso wie in die bisher von englischen und amerikanischen Streitkräften besetzten Gebiete Westmecklenburgs, Thüringens, Sachsen-Anhalts und Sachsens – sowjetische Truppenteile einmarschieren.

*

Die sowjetische Besatzungsmacht widmet der Universität vom ersten Tage an große Aufmerksamkeit, da die demokratische Umgestaltung der höchsten Bildungsstätten erste Voraussetzung für die Ausbildung und Erziehung einer neuen Intelligenz in Deutschland ist.

Am 9. Juli findet die erste Aussprache zwischen dem sowjetischen Militärkommandanten von Leipzig, Generalmajor Trufanow, und den Vertretern der Universität, Prof. Dr. Schweitzer und Prof. Dr. Frings, über die zukünftige Entwicklung der Universität statt. Zu diesem Gespräch übergibt Generalmajor Trufanow der Universität einen Forschungsauftrag zur Mithilfe bei der Lösung wichtiger wirtschaftlicher Probleme, wie der Sicherstellung der Ernährung, der Erschließung neuer Rohstoffbasen und des Aufbaues neuer Industriezweige im Gebiet der von sowjetischen Truppen besetzten Zone.

*

In einer Dekanbesprechung informierte der Rektor, Prof. Schweitzer, am 12. Juli die Dekane über die Zusammenkunft mit dem sowjetischen Kommandanten. Für die Durchführung des Forschungsauftrages wird eine Kommission gebildet, die kurze Zeit später ihre Tätigkeit aufnimmt.

(Quelle: Chronik der Karl-Marx-Universität Leipzig 1409 bis 1959, Verlag Enzyklopädie Leipzig, 1959)